**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/11123**

**16. Wahlperiode** 28. 11. 2008

# Schriftliche Fragen

## mit den in der Woche vom 24. November 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden


| *Abgeordnete* | *Nummer der Frage* |
|---|---|
| Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 1, 2, 9 |
| Brüderle, Rainer (FDP) | 52, 53 |
| Brunkhorst, Angelika (FDP) | 57 |
| Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) | 3, 4 |
| Dreibus, Werner (DIE LINKE.) | 38, 39, 40 |
| Dyckmans, Mechthild (FDP) | 17 |
| Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 30 |
| Goldmann, Hans-Michael (FDP) | 46 |
| Hänsel, Heike (DIE LINKE.) | 5, 6 |
| Hofbauer, Klaus (CDU/CSU) | 31 |
| Homburger, Birgit (FDP) | 47, 48 |
| Ibrügger, Lothar (SPD) | 18, 19 |
| Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 20, 21, 22 |
| Kopp, Gudrun (FDP) | 32 |
| Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 59 |
| Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP) | 41 |
| Lamp, Helmut (CDU/CSU) | 23 |
| Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 54 |
| Lenke, Ina (FDP) | 51 |
| Löning, Markus (FDP) | 24, 25 |
| Meckel, Markus (SPD) | 26, 27, 28, 29 |
| Meierhofer, Horst (FDP) | 58 |
| Mücke, Jan (FDP) | 55, 56 |
| Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 33, 34 |
| Niebel, Dirk (FDP) | 7, 8 |
| Nitzsche, Henry (fraktionslos) | 10, 11, 12 |
| Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) | 35 |
| Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) | 42, 43, 44, 45 |
| Toncar, Florian (FDP) | 49, 50 |
| Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 13, 14 |
| Dr. Wissing, Volker (FDP) | 15, 16 |
| Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.) | 36, 37 |

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

*Seite*

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Beck, Marieluise (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gespräche zwischen dem Bremer Rechtsanwalt K. P. im Auftrag des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und dem afghanischen Milizenführer Gulbuddin Hekmatyar; Einschätzung der politischen Rolle von Gulbuddin Hekmatyar . . . . . 1

Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)
Sicherstellung eines effektiven Zugangs zu einem Visumverfahren und einer legalen Einreise nach Deutschland für im Irak lebende irakische Staatsangehörige . . . . . 1

Anzahl der erteilten Visa zum Ehegattennachzug im dritten Quartal 2008 . . . . . 3

Hänsel, Heike (DIE LINKE.)
Bewertung der aktuellen Entwicklung der Menschenrechtssituation in Kolumbien . . . . . 3

Niebel, Dirk (FDP)
Kosten der Einladung der Betriebsräte der Automobilindustrie ins Auswärtige Amt . . . . 4

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Beck, Marieluise (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Durch die Partei Hisb-e-Islami des afghanischen Milizenführers Gulbuddin Hekmatyar in Deutschland unterhaltene Verbindungsbüros . . . . . 5

Nitzsche, Henry (fraktionslos)
Gefahr eines latenten islamistischen und/oder linksextremistischen Antisemitismus . . . 5

Entwicklung des Anteils der Menshen muslimischen Glaubens seit 1990 in Deutschland 6

Anteil der im Jahr 2007 abgelehnten und tatsächlich ausgereisten Asylbewerber . . . . . 7

*Seite*

Wieland, Wolfgang
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anzahl der bei der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX gemeldeten und an den bisherigen Einsätzen beteiligten Bundespolizisten als Mitglieder der Soforteinsatzteams; operative Einsatzergebnisse sowie bisher durchgeführte Fortbildungen . . 7

Dr. Wissing, Volker (FDP)
Von den Angestellten bzw. Beamtinnen und Beamten in den einzelnen Bundesministerien jährlich geleistete Überstunden und Entwicklung seit Beginn der 16. Legislaturperiode . . . . . 8

Entwicklung der Aufwendungen einzelner Bundesministerien für Bahnfahrkarten im Vergleich zu Flugtickets seit Beginn der 16. Wahlperiode . . . . . 9

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Dyckmans, Mechthild (FDP)
Position der Bundesregierung zur Entschließung des Europäischen Parlaments zur Änderung der Europäischen Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen . 12

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Ibrügger, Lothar (SPD)
Steuerliche Be- und Entlastungen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 für die in der Rechtsform der Personengesellschaft geführten Unternehmen im Vergleich zur früheren Rechtslage . . . . . 13

Gegenwärtig anhängige Verständigungs- oder Schiedsverfahren im Zusammenhang mit dem Doppelbesteuerungsabkommen mit Russland . . . . . 14

*Seite*

Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundwasserverunreinigung im Bereich des Truppenübungsplatzes Senne und Durchführung der Sanierungsarbeiten . . . . . 14

Lamp, Helmut (CDU/CSU)
Höhe der geschätzten Steuerausfälle durch Tanktourismus im Ausland im Jahr 2007 . . 15

Löning, Markus (FDP)
Nutzung der Sporthalle in der Schmidt-Knobelsdorff-Straße (Berlin-Spandau) durch den Bund und für den Schulsport . . . 15

Meckel, Markus (SPD)
Steuerrechtliche Gleichbehandlung deutscher Angehöriger von ISAF und NATO in Afghanistan vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Handhabung der Finanzverwaltungen der Bundesländer und der anderen am Einsatz beteiligten Nationen . . . . . 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

Fell, Hans-Josef
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erforderliche Maßnahmen zur Erreichung der in der Broschüre des BMWi „Sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromerzeugung in Deutschland“ dargelegten Gesamtleistung von Atomkraftwerken . . . . . 18

Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)
Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung zur Beschaffung von Holz oder Hackschnitzel zum Betreiben eines Biomassekraftwerkes für Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft . . . . . 18

Kopp, Gudrun (FDP)
Einbringung des Entwurfs eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung in den Deutschen Bundestag vor dem Hintergrund der Abschlusserklärung des Weltfinanzgipfels vom 15. November 2008 . . . . . 19

*Seite*

Nachtwei, Winfried
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherstellung der rechtzeitigen Vorlage des Rüstungsexportberichts sowie Ergebnisse hinsichtlich der Genehmigungs- und Ausfuhrpraxis von Rüstungsgütern im noch vorzulegenden Bericht für 2007 . . . . . 19

Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)
Maßnahmen und eingesetzte Mittel zur Umsetzung des Aktionsplanes zum Kinder- und Jugendtourismus . . . . . 20

Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.)
Unterstützung der Initiativen der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. zur Vermarktung des Reiselandes Deutschland insbesondere für die Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“; zuständiges Bundesministerium für den Aufgabenbereich Kinder- und Jugendreisen . . . . . 26

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

Dreibus, Werner (DIE LINKE.)
Definition von Niedriglohnbeschäftigung und der entsprechenden Grenze des Bruttolohns sowie geschätzter Umfang dieses Sektors . . . . . 27

Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)
Rechtsunsicherheit bei den Unternehmen infolge der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu den Freiwilligkeits- und Widerrufsvorbehalten sowie zur doppelten Schriftformklausel und etwaige Konsequenzen der Bundesregierung . . . . . 28

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)
Aktueller Stand der Vorbereitungen zur Errichtung der Abteilung 7 des Bundesinstituts für Risikobewertung am Standort Neuruppin mit Bezug auf die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 16/10396 . 29

*Seite*

Von der Bundesregierung in der EU-Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Zulassungsverfahrens transgener Organismen vertretene Positionen . . . . . 29

Zurverfügungstellung öffentlich zugänglicher Listen über gentechnisch veränderte Organismen enthaltende Futterzusatzstoffe und Tierarzneimittel . . . . . 30

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Goldmann, Hans-Michael (FDP)
Verlagerung der Fachausbildungskompanie vom Standort Cuxhaven-Altenwalde sowie Anzahl der gefährdeten zivilen Arbeitsplätze in der Region . . . . . 31

Homburger, Birgit (FDP)
Nebentätigkeiten von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in den letzten zwölf Monaten . . . . . 31

Toncar, Florian (FDP)
Verzögerung der Fertigstellung des Sachverständigengutachtens zur Emissionsminderung und deren Kosten im Bereich der von den US-Streitkräften betriebenen so genannten Böblingen Range . . . . . 32

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Lenke, Ina (FDP)
Untersuchung der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen hinsichtlich ihrer jeweiligen gleichstellungsrelevanten Wirkungen . . . . . 33

*Seite*

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Brüderle, Rainer (FDP)
Verkehrsverträge im Schienenpersonennahverkehr mit und ohne Ausschreibungsverfahren in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt und Vertragsabschlüsse mit der Deutschen Bahn AG . . . . . 34

Lazar, Monika
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertung der Fördermaßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz als überproportionale Leistungen des Bundes an die neuen Bundesländer . . . . . 37

Mücke, Jan (FDP)
Entwicklung einer Kommunikationstechnologie für das europäische Flugsicherungssystem (SESAR) im Rahmen des ARTES-10-Programms der ESA unter Nutzung von Budgetmitteln der Programme „Kopernikus“ und „Galileo“ . . . . . 37

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Brunkhorst, Angelika (FDP)
Inhalte des „Konzepts zur Suche nach einem Endlager für Atommüll“ des BMU aus dem Jahr 2006 sowie Unterschiede zum Konzept der vorherigen Bundesregierung . . 39

Meierhofer, Horst (FDP)
Stand der Erarbeitung eines nationalen CCS-Gesetzes . . . . . 39

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Kurth, Undine (Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verhinderung von Gefahrenquellen für durchziehende Vögel beim Bau des Windparks am ägyptischen Gabal el Zayt am Golf von Suez . . . . . 40

## Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Bremer Rechtsanwalt K. P. im Auftrag des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai Gespräche mit dem Milizenführer Gulbuddin Hekmatyar führt oder geführt hat, und in welcher Weise war die Bundesregierung ggf. in diesen Vorgang eingebunden?

**Antwort des Staatssekretärs Reinhard Silberberg vom 25. November 2008**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

2. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es sich bei dem für seine aktive Beteiligung an der nahezu vollständigen Zerstörung Kabuls im Bürgerkrieg der 90er Jahre bekannten Milizenführer Gulbuddin Hekmatyar heute um einen Verbündeten der Taliban und Hauptverantwortlichen für Anschläge auf Bundeswehrangehörige in seiner Heimatprovinz Kundus handelt und damit nicht um einen „sozialdemokratischen Reformzielen“ verpflichteten Politiker, wie dies laut WESER KURIER vom 24. Oktober 2008 von dem Bremer Anwalt K. P. kolportiert wird?

**Antwort des Staatssekretärs Reinhard Silberberg vom 25. November 2008**

Gulbuddin Hekmatyars Bewegung, Hisb-e-Islami, ist eine islamistische und bewaffnete Oppositionsgruppe. Er kann daher dem militanten Lager zugeordnet werden, das die demokratische afghanische Verfassung ablehnt. Die Hisb-e-Islami wird auch mit Anschlägen in Afghanistan in Verbindung gebracht. Es ist jedoch nicht nachweisbar, dass Gulbuddin Hekmatyar hauptverantwortlich für die Anschläge in Kundus ist.

Aus taktischen Erwägungen heraus hat Gulbuddin Hekmatyar in der Vergangenheit punktuell mit den Taliban militärisch oder politisch kooperiert. Allerdings liegen der Bundesregierung keine Informationen vor, dass es sich dabei um ein dauerhaftes Bündnis zwischen den Taliban von Mullah Omar und der Hisb-e-Islami handelt.

3. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung dazu, dass die deutsche Botschaft in Jordanien, die hilfsweise für die Bearbeitung von Visumanträgen irakischer Staatsangehöriger zuständig sein soll, für im Irak lebende irakische

Staatsangehörige faktisch kaum erreichbar ist, weil ihnen eine Einreise nach Jordanien derzeit im Grundsatz nicht erlaubt wird, und dass die deutsche Botschaft in Syrien wiederum als Voraussetzung für die Bearbeitung eines Visumantrages den Nachweis eines Stempels im Pass verlangt, wonach die Einreise nach Jordanien verweigert wurde – der aber von den jordanischen Grenzbehörden im Regelfall nicht erteilt wird –, und welche Vorkehrungen gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Informationen zu treffen, um z. B. irakischen Staatsangehörigen mit einem Rechtsanspruch auf Einreise (etwa als Familienangehörige) einen effektiven Zugang zu einem Visumverfahren und damit zur legalen Einreise zu verschaffen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Peter Ammon**
**vom 21. November 2008**

Die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Visumanträgen irakischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Irak liegt derzeit grundsätzlich bei den deutschen Botschaften in Amman und Ankara. Für irakische Staatsangehörige aus den drei Provinzen des Nordirak (Arbil, Dohuk, Suleimaniye) übernimmt die deutsche Botschaft Ankara die Bearbeitung der Visumanträge. Für Visumanträge aller anderen irakischen Staatsangehörigen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Irak ist die deutsche Botschaft Amman zuständig. Anträge irakischer Antragsteller werden bei der deutschen Botschaft Damaskus angenommen, wenn diese in Syrien ihren ständigen Wohnsitz haben oder nachweisen, dass ihnen eine Reise nach Amman nicht möglich ist (vgl. auch die Hinweise bei wwww.amman.diplo.de und www.damaskus.diplo.de).

Die deutsche Botschaft Bagdad kann aufgrund der Sicherheitslage und den daraus folgenden eingeschränkten Kapazitäten nur die Bearbeitung von Anträgen für Schengen-Visa nur für ausgewählte irakische bonafide-Antragsteller übernehmen.

Irakische Staatsangehörige benötigen für die Einreise nach Jordanien, nach Syrien und in die Türkei ein Visum. Deshalb kann der Nachweis darüber, dass eine Einreise aus dem Irak in diese Länder nicht möglich war, regelmäßig über den Nachweis der Visumversagung geführt werden.

Das Auswärtige Amt ist sich der belastenden Gesamtumstände und insbesondere der unvermeidbaren Wartezeiten bei der Bearbeitung von Visumanträgen für die Einreise von irakischen Staatsangehörigen nach Jordanien bewusst. Trotzdem ist dem Auswärtigen Amt kein Fall bekannt, in dem einem irakischen Visumantragsteller mit gewöhnlichem Aufenthalt im Irak bei nachgewiesener Visumversagung für Jordanien die Visumantragstellung bei einer deutschen Auslandsvertretung in der Region nicht möglich war.

Die deutsche Botschaft Amman hat zuletzt ca. 60, die deutsche Botschaft Damaskus ca. 100 bis 200 Visumanträge irakischer Antragsteller monatlich bearbeitet.

4. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie viele Visa zum Ehegattennachzug wurden von deutschen Behörden im 3. Quartal des Jahres 2008 weltweit insgesamt erteilt (bitte auch die Vergleichswerte des 2. Quartals 2008 und des 3. Quartals 2006, d. h. vor der Änderung des § 30 des Aufenthaltsgesetzes durch das Richtlinienumsetzungsgesetz, und den jeweiligen absoluten und prozentualen Rückgang bzw. Anstieg benennen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Peter Ammon vom 21. November 2008**

Im 3. Quartal 2008 wurden weltweit 8 445 Visa zum Ehegattennachzug erteilt.

Zum Vergleich: 2. Quartal 2008: 7 771
3. Quartal 2006: 10 464.

5. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

In welcher Weise hat sich die überwiegend wohlwollende Einschätzung der politischen Entwicklung in Kolumbien in der Regierungszeit des Präsidenten Alvaro Uribe Vélez, wie sie die Bundesregierung anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin in Kolumbien im Mai 2008 getroffen hatte, verändert vor dem Hintergrund der Enthüllungen über die „Falsos Positivos“ (extralegale Hinrichtungen von Zivilisten durch Armeeangehörige während der Amtszeit von Alvaro Uribe Vélez und ihre Delegation als getötete Guerillakämpfer) und der aktuellen Drohungen gegen Mitglieder oppositioneller Parteien, von Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Studierendenverbänden sowie vor dem Hintergrund offensichtlich politisch motivierter Ermittlungen gegen kritische Studierende, Lehrende und Kunstschaffende?

6. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

In welcher Weise wird die Bundesregierung auf diese Entwicklungen reagieren?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler**
**vom 27. November 2008**

Die Bundesregierung konstatiert seit Antritt der Regierung von Staatspräsident Alvaro Uribe Vélez eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände für die Bevölkerung, auch wenn es im Menschenrechtsbereich weiterhin erhebliche Mängel gibt.

Die Bundesregierung verfolgt die extralegalen Hinrichtungen in Kolumbien mit äußerster Sorge. Sie ist der Auffassung, dass die kolumbianische Regierung die Problematik sehr ernst nimmt und den deutlichen politischen Willen hat, extralegale Hinrichtungen durch Angehörige der Streitkräfte zu verhindern. Dies zeigen die Entlassung von 27 hochrangigen Militärs, darunter drei Generälen, im November 2008, denen die politische Verantwortung für extralegale Hinrichtungen zugeschrieben wird, und der Rücktritt des Oberkommandierenden der kolumbianischen Landstreitkräfte, General Mario Montoya.

Die Bundesregierung sieht die Drohungen, die von den illegalen Gewaltgruppen ausgehen und sich vor allem gegen Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschafter richten, mit großer Sorge. Sie hat daher zusammen mit ihren EU-Partnern die kolumbianische Regierung aufgerufen, diesen Gruppen einen verstärkten Schutz zukommen zu lassen und bestehende Programme, die auch bedrohten Oppositionspolitikern zugute kommen, auch über die bereits erfolgten wesentlichen personellen und finanziellen Erweiterungen hinweg, weiter auszubauen. Sie hat außerdem die kolumbianische Regierung aufgefordert, im Umgang mit Menschenrechtsverteidigern auf einen gemäßigten, sachlichen Ton zu achten und den Dialog zu suchen.

Die Bundesregierung wird diese Punkte weiterhin aufmerksam beobachten und im Rahmen des Menschenrechtsüberprüfungsverfahrens vor dem Menschenrechtsrat in Genf (Universal Periodic Review) im Dezember 2008 einbringen.

7. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Welche Kosten sind dem Auswärtigen Amt durch die Einladung des Kanzlerkandidaten Dr. Frank-Walter Steinmeier an Betriebsratsvorsitzende und Zulieferer der Automobilindustrie am 17. November 2008 entstanden, und aus welchen Haushaltstiteln werden sie bezahlt?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler**
**vom 21. November 2008**

Für das Gespräch mit den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Automobilindustrie sowie dem Vorsitzenden der IG Metall sind Kosten in Höhe von 528 Euro entstanden, die aus dem Kapitel 05 01 Titel 529 01 bezahlt werden.

8. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Wie viele Mitarbeiter des Auswärtigen Amts waren mit der Organisation der Veranstaltung befasst, und wie viele haben daran teilgenommen?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler vom 21. November 2008**

Mit der Organisation der Veranstaltung waren zwei Mitarbeiter des Auswärtigen Amts befasst. Vier Mitarbeiter des Auswärtigen Amts haben an der Veranstaltung teilgenommen.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob, und wenn ja, mit welchem Status die Partei Hisb-e-Islami des früheren afghanischen Ministerpräsidenten und heutigen Milizenführers Gulbuddin Hekmatyar in Deutschland Verbindungsbüros unterhält?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 26. November 2008**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

10. Abgeordneter **Henry Nitzsche** (fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des kürzlich erfolgten Angriffs zweier junger Männer mit arabischem Migrationshintergrund auf einen orthodoxen Rabbiner und acht seiner Schüler in Berlin (BERLINER MORGENPOST, 4. November 2008) und der Zerstörung einer jüdischen Ausstellung in der Humboldt Universität zu Berlin durch linksextremistische Demonstranten (SPIEGEL ONLINE, 12. November 2008), die Gefahr eines latenten islamistischen und/oder linksextremistischen Antisemitismus in Deutschland?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 20. November 2008**

Soweit Antisemitismus seinen Ausdruck in der Begehung von Straftaten findet, stellt er sich vor allem als ein Phänomen der politisch motivierten Kriminalität – rechts dar, da seit Jahren weit über 90 Prozent aller registrierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund in diesem Bereich zu verzeichnen sind. Demgegenüber nehmen die Bereiche der politisch motivierten Ausländerkriminalität und der politisch

motivierten Kriminalität – links eine untergeordnete Rolle ein. Auch für das laufende Jahr lässt sich – bei aller Vorläufigkeit der bislang vorliegenden Zahlen – für den Zeitraum Januar bis September 2008 keine wesentliche Veränderung in der Verteilung auf die Phänomenbereiche erkennen. Im Einzelnen wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

**Anzahl der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund und ihre prozentuale Verteilung auf die Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität**

| Phänomenbereich | 2006 | 2007 | Januar – September 2008 - vorläufige Zahlen - |
|---|---|---|---|
| **PMK - rechts** | 1 662 = 92,4 % | 1 561 = 94,2 % | 797 = 95,2 % |
| **PMK - links** | 4 = 0,2 % | 1 = 0,1 % | 5 = 0,6 % |
| **PMK - Ausländer** | 88 = 4,9 % | 59 = 3,5 % | 16 = 1,9 % |
| **PMK - sonstige** | 44 = 2,5 % | 36 = 2,2 % | 19 = 2,3 % |

Auch als Ideologiebestandteil ist Antisemitismus am stärksten im rechtsextremistischen Lager ausgeprägt, wenn auch in allen extremistischen Milieus ein latenter Antisemitismus existiert.

11. Abgeordneter **Henry Nitzsche** (fraktionslos)

Um wie viel Prozent stieg die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens von 1990 bis heute (bitte auch aufgeschlüsselt nach absoluten Zahlen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 21. November 2008**

Die Zahl der derzeit in Deutschland lebenden Einwohner muslimischen Glaubens kann nicht exakt erfasst werden. Dies liegt daran, dass bei den deutschen Meldebehörden Muslime unter dem Sachverhalt Religionszugehörigkeit als „Verschiedene“ gezählt werden.

Zuletzt wurde die Religionszugehörigkeit in Deutschland bei der Volkszählung am 25. Mai 1987 ermittelt. Damals bekannten sich 1,65 Millionen Personen zur islamischen Religionsgemeinschaft.

Die ungefähre Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime wurde 2000 im Rahmen der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Islam in Deutschland“ vom 8. November 2000, Bundestagsdrucksache 14/4530 auf ca. 2,8 bis 3,2 Millionen Menschen geschätzt.

Im Rahmen der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 16/5033 vom 18. April 2007 „Stand der rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland“) wurde die Schätzung der Anzahl der in

Deutschland lebenden Muslime auf 3,1 bis 3,4 Millionen Menschen fortgeschrieben. Von dieser Größenordnung kann auch derzeit noch ausgegangen werden.

12. Abgeordneter **Henry Nitzsche** (fraktionslos)

Wie viel Prozent der 2007 abgelehnten Asylbewerber haben Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich verlassen (bitte auch aufgeschlüsselt nach absoluten Zahlen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 21. November 2008**

Hierzu werden keine Statistiken geführt.

13. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten hat die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX als Mitglieder der sog. Soforteinsatzteams i. S. d. Verordnung (EG) Nr. 863/2007 gemeldet, und in welcher Form (Inhalt und Dauer der Fortbildung bzw. Hinzuziehung des UNHCR oder von Vertreterinnen und Vertretern von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie z. B. Amnesty International oder des Deutschen Instituts für Menschrechte) wurden sie für Einsätze fortgebildet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 26. November 2008**

Deutschland hat 50 Experten der Bundespolizei für den Einsatz in Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (sog. Rapid Border Intervention Teams (RABITs)) gemeldet. Die Experten werden in unterschiedlichen ziel- und adressatengerechten Trainingsseminaren durch FRONTEX fortgebildet. Die Dauer der Seminare beträgt fünf Tage. Inhalte sind u. a. Arbeitsweise und Gremien der Europäischen Union, Schengen-Grenzkodex, Menschenrechte, Workshops zu fachpraktischen Themen, Wahrnehmung der grenzpolizeilichen Aufgaben und rechtliche Rahmenbedingungen im jeweiligen Gaststaat. In die Trainingsseminare sind auch Gastreferenten (u. a. UNHCR, IOM, OSZE) eingebunden. Die Bundespolizei hat bisher 45 Teilnehmer zu RABIT-Trainingsseminaren entsandt.

Darüber hinaus führt FRONTEX zur Überprüfung der RABIT-Mechanismen (Anforderung, Entsendung, Aufnahme durch den Gaststaat) Übungen in den Mitgliedstaaten durch. Die Bundespolizei hat an den bisherigen drei Übungen in Portugal, Slowenien und Rumänien mit sieben Experten teilgenommen.

14. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten waren an den bislang drei Einsätzen der Soforteinsatzteams der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX (am Francisco Sa Caneiro Airport in Portugal, an der Landgrenze zwischen Slowenien und Kroatien bzw. an der Grenze zwischen Rumänien und der Republik Moldau (Dacia 2008)) eingesetzt, und mit welchem operativem Ergebnis (bitte nach Einsätzen aufschlüsseln)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 26. November 2008**

Bei den aufgeführten Maßnahmen (am Francisco Sa Caneiro Airport in Portugal, an der Landesgrenze zwischen Slowenien und Kroatien bzw. an der Grenze zwischen Rumänien und der Republik Moldau) handelte es sich um Übungen und um keine Einsätze der Soforteinsatzteams.

15. Abgeordneter **Dr. Volker Wissing** (FDP)

Wie viele Überstunden werden jährlich von den Angestellten bzw. Beamtinnen und Beamten in den einzelnen Bundesministerien geleistet, und wie hat sich die Anzahl der jährlich von den Beamtinnen und Beamten bzw. Angestellten der Bundesministerien geleisteten Überstunden seit Beginn der 16. Legislaturperiode geändert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 26. November 2008**

Vollständige, aussagekräftige und zwischen den Bundesministerien vergleichbare Zahlen für einzelne Jahre oder Zeiträume liegen aufgrund der unterschiedlichen Zeiterfassung, der unterschiedlichen Ausgestaltung der Gleitzeit und der unterschiedlichen Löschungsfristen nicht vor.

Die Bundesregierung hatte unter Hinweis auf die Erfassungsproblematik in ihrem Bericht vom 5. April 2007 an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die Effizienzpotentiale, die sich aus einer stärkeren Konzentration ministerieller Aufgaben in Berlin und die u. a. damit verbundene geringere Reisetätigkeit ergäben (Ausschussdrucksache 16(8)2861) für das Jahr 2006 mehr als 600 000 über die reguläre Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsstunden in den Bundesministerien angegeben.

16. Abgeordneter **Dr. Volker Wissing** (FDP)

Wie hoch sind die jährlichen Aufwendungen der einzelnen Bundesministerien für Fahrkarten der Deutschen Bundesbahn im Vergleich zu den entsprechenden Ausgaben für Flugtickets, und wie haben sich die entsprechenden jährlichen Aufwendungen für Bahnfahrkarten bzw. Flugtickets seit Beginn der 16. Legislaturperiode verändert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 25. November 2008**

Eine Übersicht zu den jährlichen Aufwendungen (2006 und 2007) für Fahrkarten und Flugtickets ist als Anlage beigefügt.

Angaben zu den Flügen wurden nur für inländische Dienstreisen aufgenommen; bei Berücksichtigung auch der Auslands-, insbesondere der interkontinentalen Flüge wäre eine Vergleichbarkeit mit den Angaben zu den Bahnfahrten – die überwiegend im Inland stattfinden – nicht gewährleistet. Für das Jahr 2008 können noch keine Angaben über die jährlichen Aufwendungen gemacht werden.

Anlage

**Aufwendungen der Bundesministerien für Fahrkarten der Deutschen Bundesbahn (im Rahmen von Dienstreisen) im Vergleich zu den entsprechenden Ausgaben für Flugtickets -** (Angaben in Euro)

| **Jahr / Ressort** | **2006** **Fahrkarten** | **2006** **Flugtickets** (Inland) | **2007** **Fahrkarten** | **2007** **Flugtickets** (Inland) |
|---|---|---|---|---|
| **BKAmt** | 24 828,45 | 95 985,00 | 34 597,60 | 125 372,00 |
| **AA** | 190 094,00 | 348 171,00 | 202 043,80 | 323 630,00 |
| **BMI** | 89 654,35 | 597 536,00 | 191 400,45 | 524 197,00 |
| **BMJ** | 70 333,40 | 159 133,00 | 75 291,50 | 157 524,00 |
| **BMF** | 252 967,00 | 680 055,00 | 245 963,00 | 565 891,00 |
| **BMWi** | 268 700,65 | 664 973,00 | 293 364,00 | 593 567,00 |
| **BMAS** | 193 505,05 | 640 455,67 | 234 876,05 | 651 954,00 |

| Jahr / Ressort | 2006<br>Fahrkarten | 2006<br>Flugtickets (Inland) | 2007<br>Fahrkarten | 2007<br>Flugtickets (Inland) |
|---|---|---|---|---|
| **BMELV** | 204 424,40 | 437 382,00 | 210 523,73 | 418 614,58 |
| **BMVg** | 383 670,00 | 1 164 200,00 | 368 155,00 | 1 114 981,00 |
| **BMFSFJ** | 90 864,00 | 356 498,00 | 93 710,00 | 365 900,00 |
| **BMG** | 56 000,00 | 468 000,00 | 102 000,00 | 491 000,00 |
| **BMVBS** | 371 953,92 | 646 329,00 | 445 399,78 | 613 431,00 |
| **BMU** | 226 916,00 | 413 970,00 | 276 336,00 | 442 929,00 |
| **BMBF** | 200 018,00 | 628 844,00 | 201 607,00 | 617 987,00 |
| **BMZ** | 103 767,00 | 419 217,00 | 125 521,00 | 397 812,00 |
| **BPA** | 26 279,00 | 75 045,00 | 39 444,00 | 78 046,00 |
| **BKM** | 27 891,00 | 215 776,00 | 62 244,90 | 238 835,00 |
| **Insgesamt:** | **2 781 866,22** | **8 011 569,67** | **3 202 477,81** | **7 721 670,58** |

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

17. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Legislativen Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 21. Oktober 2008 zu dem Entwurf eines Rahmenbeschlusses des Rates über die Europäische Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen, nach der die Möglichkeit für Deutschland entfallen soll, die Vollstreckung der Europäischen Beweisanordnung bei bestimmten Straftaten von der Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit abhängig zu machen, und wie wird die Bundesregierung für den Fall des Entfallens dieser Möglichkeit der Aufforderung des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 15/3831), die(se) Deliktsgruppen präziser zu fassen, nachkommen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 25. November 2008**

Die Bundesregierung hat sich bei den Verhandlungen für die in Artikel 23 Abs. 4 des Entwurfs eines Rahmenbeschlusses vorgesehene Möglichkeit eingesetzt, die Vollstreckung einer Europäischen Beweisanordnung bei den in Artikel 14 Abs. 2 des Entwurfs angeführten Straftaten Terrorismus, Cyberkriminalität, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Sabotage, Erpressung und Schutzgelderpressung sowie Betrug von der Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit abhängig zu machen, sofern für die Vollstreckung der Europäischen Beweisanordnung eine Durchsuchung oder Beschlagnahme erforderlich ist, es sei denn, die Anordnungsbehörde hat erklärt, dass die betreffende Straftat nach dem Recht des Anordnungsstaats die in der abgegebenen Erklärung (Dokument 10100/08) enthaltenen Kriterien erfüllt. Die Bundesregierung ist weiterhin der Auffassung, dass diese Regelung Voraussetzung für eine Zustimmung zum Rahmenbeschluss ist.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat dem Rat empfohlen, den Entwurf auf der Grundlage der Fassung anzunehmen, die der Rat am 1./2. Juni 2006 politisch geeinigt hat (vgl. Dokument 15138/08). Die Anregungen des Europäischen Parlaments wurden nicht aufgegriffen.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter **Lothar Ibrügger** (SPD)

Welche steuerlichen Be- und Entlastungen bewirkt das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 für die in der Rechtsform der Personengesellschaft geführten Unternehmen im Vergleich zur früheren Rechtslage?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 25. November 2008**

Die Unternehmensteuerreform 2008 hat den Unternehmenssektor netto um 5 Mrd. Euro entlastet, wobei sich dieser Beitrag als Saldo aus belastenden und entlastenden Maßnahmen ergibt. Die meisten Maßnahmen wirken sich rechtsformunabhängig auf alle Unternehmen aus. Folgende Maßnahmen wirken sich allein auf Personenunternehmen aus:

Entlastende Maßnahmen

- Durch die Einführung der Tarifbegünstigung für nicht entnommene Gewinne (§ 34a EStG) können die (Mit-)Unternehmer von Personenunternehmen – Einzelunternehmen und Personengesellschaften – ab dem Veranlagungszeitraum 2008 auf Antrag für ihren nicht entnommenen Gewinn einen begünstigten Steuersatz von 28,25 Prozent in Anspruch nehmen. Durch die neue Rechtslage kann es somit zu einer Einkommensteuersatzsenkung von maximal 16,75 Prozent für den jeweiligen (Mit-)Unternehmer kommen. Dies entlastet die (Mit-)Unternehmer von Personenunternehmen jährlich um ca. 4 Mrd. Euro. Mit dieser Regelung wird eine steuerliche Belastungsgleichheit zu den nicht entnommenen Gewinnen bei Kapitalgesellschaften geschaffen und somit eine weitestgehende Rechtsformneutralität zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsformen erreicht.

- Die Erhöhung des Anrechnungsfaktors bei der Gewerbesteuer auf 3,8 führt zu Steuermindereinnahmen von rund 5,3 Mrd. Euro. Es wird erreicht, dass Gewerbebetriebe bis zu einem Gewerbesteuerhebesatz von rund 400 Prozent durch die Anrechnung der gezahlten Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer und somit auch den Solidaritätszuschlag faktisch wirtschaftlich nicht durch die Gewerbesteuer belastet werden, eine entsprechende Einkommensteuerschuld vorausgesetzt. Nach dem vorherigen Gesetzesstand war dies nur bis zu einem Gewerbesteuerhebesatz von 341 Prozent der Fall.

Belastende Maßnahme

Durch die Unternehmensteuerreform wurde die bis dahin für Personenunternehmen geltende Staffelung der Steuermaßzahl abgeschafft. Diese Maßnahme führte zunächst zu einer höheren Gewerbesteuerzahlung für gewinnschwächere Personenunternehmen von insgesamt 0,5 Mrd. Euro. Aufgrund der Verbesserung bei der Gewerbesteueranrechnung ergibt sich aber faktisch keine Mehrbelastung, da die Einkommensteuerschuld – so in entsprechender Höhe vorhanden – entsprechend verringert wird.

19. Abgeordneter **Lothar Ibrügger** (SPD)

Ist der Bundesregierung unter Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens mit Russland bekannt, in wie vielen Fällen Verständigungs- oder Schiedsverfahren im Zusammenhang mit der Funktionsverlagerung gegenwärtig anhängig sind?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 25. November 2008**

Verständigungs- und Schiedsverfahren mit Russland im Zusammenhang mit einer Funktionsverlagerung sind und waren bisher nicht anhängig.

20. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welchem Bereich des Truppenübungsplatzes Senne befindet sich die Grundwasserverunreinigung, die die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 16/10801 zu Frage 26 angibt, und auf welchen Zeitraum bezieht sich die Angabe „aktuell“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 21. November 2008**

Es handelt sich um eine Grundwasserverunreinigung im Bereich der ehemaligen Kanisterabfüllanlage „Blue Monkey“ am westlichen Rand des Truppenübungsplatzes Senne in der Gemarkung Hövelhof. Die Verunreinigung wurde im Jahr 2003 festgestellt und wird seitdem saniert.

21. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche deutsche(n) Fachbehörde(n) ist/sind mit der Grundwasserverunreinigung befasst, und wer ist für die Durchführung der ordnungsgemäßen Sanierungsarbeiten beauftragt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 21. November 2008**

Die Sanierung erfolgt im Auftrag der britischen Streitkräfte unter Federführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes Nordrhein-Westfalen (BLB). Sie wird begleitet durch die Untere Wasserbehörde des Landrates des Kreises Paderborn. Auf Antrag des BLB vom 28. November 2003 hat die Untere Wasserbehörde mit Bescheid vom 16. Februar 2004 die Erlaubnis erteilt, „Grundwasser in einer Menge bis zu 11 000 $m^3$/Jahr zutage zu fördern, um es nach Durchlauf einer Aufbereitungsanlage gereinigt über die bewachsene Bodenzone in das Grundwasser wieder einzuleiten“. Die Untere Wasserbehörde geht davon aus, dass die Sanierung in absehbarer Zeit abgeschlossen werden kann.

22. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Art der Grundwasserverunreinigung vor, und um welchen Grad der Verschmutzung handelt es sich?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 21. November 2008**

Das Grundwasser ist an der Schadenstelle mit Kraftstoffrückständen belastet. Im Abstrom sind die Belastungen nicht feststellbar. Der Schaden wird von der Unteren Wasserbehörde als mittelmäßig bewertet.

23. Abgeordneter **Helmut Lamp** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entgangenen Steuereinnahmen bzw. die Steuerausfälle im Jahr 2007 durch einen verstärkten Tanktourismus im Ausland im Pkw- und Lkw-Bereich?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 21. November 2008**

Der Bundesregierung liegen keine verwendbaren Daten über entgangene Steuereinnahmen aufgrund des Tanktourismus vor. Eigene Erhebungen sind methodisch und mit angemessenem Aufwand nicht möglich. Konkrete Warenströme lassen sich nicht oder nur schwer erfassen. Der Anreiz zum Tanken in den Nachbarstaaten hängt nicht nur von den jeweiligen Preis- und Steuerunterschieden bei den Kraftstoffen ab, sondern auch von zahlreichen anderen im Einzelfall zum Tragen kommenden Faktoren. Diesbezügliche belastbare Zahlen wären auch nur über aufwendige Modellrechnungen zu erzielen. Zudem würden diese immer nur Momentaufnahmen abbilden und könnten kaum in die Zukunft projiziert werden, da die zugrunde liegenden Bedingungen ständigen Änderungen unterworfen sind.

24. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Wie oft wurde die in Bundesbesitz befindliche Sporthalle in der Schmidt-Knobelsdorff-Straße (Berlin-Spandau) seit dem 1. August 2008 für Schulungen durch die Bundeszollverwaltung oder andere Einrichtungen des Bundes genutzt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 24. November 2008**

Aufgrund der intensiven Nutzung des Objekts durch den Schul- und Vereinssport in den Jahren der Überlassung an das Bezirksamt Berlin-Spandau waren vor einer Übernahme durch die Zollverwaltung umfangreiche Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Die bereits begonnene Herrichtung der Sporthalle wird nach derzeitigem Stand bis zum Ende des Jahres dauern, so dass sie voraus-

sichtlich erst zum 1. Januar 2009 für die in Aussicht genommenen Zwecke der Zollverwaltung zur Verfügung stehen wird.

25. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Welche Gründe sprechen dagegen, die Sporthalle in der Schmidt-Knobelsdorff-Straße (Berlin-Spandau) zeitlich abgestimmt sowohl für den Schulsport als auch für die Schulungen der Bundeszollverwaltung zu nutzen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 24. November 2008**

Die Sporthalle wird durch die Zollverwaltung an fünf Werktagen die Woche zwischen 8 und 16 Uhr vollständig genutzt werden, also zu Zeiten, die üblicherweise für den Schulsport in Frage kommen. Weiter wird geprüft, die Sporthalle noch durch andere Arbeitseinheiten der Zollverwaltung nutzen zu lassen.

26. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Befürwortet die Bundesregierung in Anbetracht dessen, dass der von der NATO geführte ISAF-Einsatz (ISAF: International Security Assistance Force) in Afghanistan durch ihre Vertreter wiederholt und zu Recht als die gegenwärtig zentrale Herausforderung der NATO bezeichnet wird, dass deutsche ISAF-Bedienstete wie alle anderen NATO-Bediensteten behandelt werden sollten?

27. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass deutsche Staatsbürger, die als Angehörige von ISAF und NATO in Afghanistan tätig sind, auch steuerlich gleichbehandelt werden sollten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 26. November 2008**

Bei der NATO handelt es sich um eine internationale Organisation im Sinne des Völkerrechts. Ihr und ihren Bediensteten werden unter bestimmten Voraussetzungen auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages unter anderem bestimmte steuerliche Privilegien gewährt. Bei der ISAF handelt es sich hingegen um eine vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierte Schutztruppe in Afghanistan. Der NATO kommt dabei lediglich die Rolle der Organisation und Führung von ISAF zu. Insofern sind beide Sachverhalte nicht vergleichbar.

28. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Ist es richtig, dass die durch das NATO JFC HQ (JFC HQ: Allied Joint Force Command/ Headquarter) Brunssum geleisteten Gehaltszahlungen ziviler Angestellter des ISAF HQ in Kabul, Afghanistan, die deutscher Staatsangehörigkeit sind, nicht ebenso steuerfrei gestellt sind wie Gehaltszahlungen für ISAF-Bedienstete aus anderen NATO-Staaten (z. B. aus Kanada, den Niederlanden, Polen oder der Türkei) oder auch für in Deutschland steuerpflichtige ISAF-Bedienstete mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 26. November 2008**

Die von einem Angestellten der ISAF von diesem Arbeitgeber bezogenen Gehälter unterliegen in Deutschland den normalen einkommensteuerlichen Regelungen. Nach Auskunft der Finanzbehörden des Landes Rheinland-Pfalz wird bei Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz keine von den allgemeinen Regeln abweichende Besteuerung praktiziert.

29. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den in Frage 28 behandelten Sachverhalt unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung – einerseits im Rahmen der offensichtlich uneinheitlichen Handhabung seitens der Finanzverwaltungen der Bundesländer und andererseits im Kontext der unterschiedlichen Praxis seitens der an diesem multinationalen bündnispolitischen Einsatz beteiligten Nationen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 26. November 2008**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine steuerliche Ungleichbehandlung von ISAF-Angestellten durch deutsche Finanzbehörden vor. Das Bundesministerium der Finanzen wird den Sachverhalt aufgreifen und auf eine einheitliche Rechtsanwendung durch die Finanzbehörden hinwirken. Verfassungsrechtlich ist eine Gleichbehandlung in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtiger Personen mit solchen in anderen Staaten nicht geboten.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

30. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Beinhaltet die Gesamtleistung von Atomkraftwerken, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) für seine Vision 2030 in seiner Broschüre „Sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromerzeugung in Deutschland“ zugrunde legt, neben der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken auch den Neubau von Atomkraftwerken, und falls nein, sollen vor dem Hintergrund, dass das BMWi bis 2030 von einer gleichen Atomkraftwerksleistung wie heute ausgeht auch die Atomkraftwerke in Biblis und Brunsbüttel aus der Sicht des BMWi bis 2030 weiterlaufen?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann vom 25. November 2008**

Bei der Formulierung der Vision 2030 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wurde keine konkrete Beachtung einzelner Anlagen unternommen.

31. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Sind Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft, die ein Biomassekraftwerk mit Hackschnitzel betreiben, verpflichtet, eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen, wenn sie beabsichtigen, Holz oder Hackschnitzel zum Betreiben der Anlage bei Dritten zu beschaffen, und wenn ja, welche Voraussetzungen sind dabei zu erfüllen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 28. November 2008**

Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft sind nach geltendem Vergaberecht öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 98 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Sie sind daher verpflichtet, Lieferaufträge für Holz und Hackschnitzel ab einem geschätzten Auftragswert von mehr als 211 000 Euro europaweit auszuschreiben (§ 2 Nr. 3 der Vergabeverordnung/VgV). Aufträge kommunaler öffentlicher Auftraggeber, die diesen Auftragswert nicht erreichen oder nicht überschreiten, müssen im Freistaat Bayern wie in allen übrigen Bundesländern jeweils die entsprechenden landesrechtlichen Bestimmungen des Haushalts- und Vergaberechts beachten. Diese schreiben den Vorrang der öffentlichen Ausschreibung, die Gleichbehandlung aller Bieter bezüglich Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit und die Transparenz der Ausschreibung verbindlich vor.

32. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (FDP)

Bedeutet die Verpflichtung in Nummer 13 der „Declaration of the Summit on Financial Markets and the World Economy“ vom 15. November 2008, wonach alle Teilnehmer des G20-Gipfels sich verpflichten, innerhalb der nächsten zwölf Monate keine neuen Barrieren für Investitionen und Handel zu errichten, dass die Bundesregierung den Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung zurückzieht und erst nach November 2009 wieder in den Deutschen Bundestag einbringen wird?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 25. November 2008**

Nein. Deutschland nutzt damit nur die nach den Artikeln 46 und 58 des EG-Vertrags bereits vorgesehene Möglichkeit, ausländische Investitionen auf eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zu überprüfen. Nach den Vorgaben des EG-Vertrags und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, welche bei der Anwendung des Prüfvorbehalts zu berücksichtigen sind, kommt eine Prüfung nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen in Betracht. Insofern zielt der Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung nicht auf eine Beschränkung von grenzüberschreitenden Investitionen ab.

33. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung erneut der expliziten Aufforderung des Deutschen Bundestages „künftige Rüstungsexportberichte zeitnah zum Jahresabrüstungsbericht“ (Bundestagsdrucksache 15/3597 vom 14. Juli 2004) – d. h. bis spätestens April des darauffolgenden Jahres – vorzulegen, nicht nachgekommen, und was gedenkt sie von sich aus zu tun, um in Zukunft sicherzustellen, dass der Deutsche Bundestag – in Anlehnung an vorbildlichere Unterrichtungen in anderen Staaten – zeitnäher, häufiger und umfassender über die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung unterrichtet wird?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 26. November 2008**

Für die Vorlage des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung sind zunächst umfangreiche statistische Daten aufzubereiten, bevor der Berichtsentwurf erstellt werden kann. Die nach Erstellung des Entwurfs erforderliche Abstimmung innerhalb der Bundesregierung ist angesichts der besonderen politischen Bedeutung des Berichts sehr zeitintensiv. Die Erfüllung des Wunsches nach vertiefter Berichterstattung, die seit dem ersten Bericht 1999 zu einem erheblichen Anwachsen des Berichtsumfangs und der Komplexität der Berichterstattung geführt

hat, einerseits sowie der Wunsch nach einer zeitnäheren Berichterstattung andererseits sind leider nur schwer miteinander vereinbar.

34. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag endlich den Rüstungsexportbericht für das Jahr 2007 vor, und was sind die wesentlichen qualitativen und quantitativen Ergebnisse dieses Berichts hinsichtlich der Genehmigungs- und Ausfuhrpraxis von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern der Bundesregierung – insbesondere in Staaten, die nicht der NATO bzw. EU angehören oder diesen gleichgestellt sind?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 26. November 2008**

Die Vorlage des Berichts wird derzeit für den 17. Dezember 2008 angestrebt, ersatzweise im Januar 2009. Die wesentlichen qualitativen und quantitativen Ergebnisse können daher in Kürze dem Bericht entnommen werden.

35. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung (auch im Zusammenwirken mit den Bundesländern) bisher zur Umsetzung des Aktionsplanes zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland und der darin enthaltenen acht Zielvorgaben (Beschluss des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 2002, Bundestagsdrucksache 14/9715), insbesondere in den Jahren 2006 bis 2008, unternommen und erreicht (bitte mit Nennung der einzelnen Maßnahmen und der dafür eingesetzten Mittel aus dem Bundeshaushalt)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 24. November 2008**

Der Mitte 2002 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Aktionsplan zum Kinder- und Jugendtourismus ist für die Bundesregierung eine wichtige Handlungsgrundlage, weil er gemeinnützige wie private Träger, Bund, Länder und Regionen gleichermaßen zum aktiven Handeln auffordert.

Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland wurde der Forscher-Praktiker-Dialog ins Leben gerufen. Der Forscher-Praktiker-Dialog organisiert und begleitet den interdisziplinären und trägerübergreifenden Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis im Feld der internationalen Begegnung. Die Studien- und Entwicklungsprojekte des Forscher-Praktiker-Dialogs werden aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) für internationale Jugendarbeit durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert. Über

den Forscher-Praktiker-Dialog konnten Jugendbegegnungsprogramme qualifiziert und die darin tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten werden. Der Forscher-Praktiker-Dialog trägt somit zur Verbesserung der Fachlichkeit und der Datenlage bei.

Das BMFSFJ trägt kontinuierlich zur Qualifikation von Expertinnen und Experten des Kinder- und Jugendreisens über den Forscher-Praktiker-Dialog und die Trainingsseminare bei.

Zu den einzelnen Zielvorgaben:

1. Auf politischer und wirtschaftlicher Ebene soll die Akzeptanz des Kinder- und Jugendreisens verbessert werden. Dazu ist es notwendig, bundesweite Qualitätsstandards trägerübergreifend für das Kinder- und Jugendreisen zu entwickeln. Durch geeignete Maßnahmen sollen das Natur- und Umweltbewusstsein von Kindern und Jugendlichen gefördert und nachhaltige Kinder- und Jugendreisen besonders gefördert werden.

Das geforderte bundesweite trägerübergreifende Qualitätskonzept ist mit den beiden nachfolgend genannten Projekten geschaffen worden.

Seit Mai 2007 fördern das BMFSFJ und das BMWi das Qualitätsmanagement Kinder- und Jugendreisen für Unterkünfte (QMJ). Bewilligungen von je 55 000 Euro vom BMWi und der Stiftung Deutsche Jugendmarke wurden für die Einführungsphase bis Ende 2008 ausgesprochen.

Das BMFSFJ unterstützte finanziell die fachliche Begleitung der Pilotphase des Projektes QMJ pädagogische Begleitung SicherGut für Kinder- und Jugendreiseveranstalter über eine Bewilligung im Rahmen des KJP vor dessen bundesweiten Einführung 2008.

Das BMFSFJ fördert mit Mitteln aus dem KJP anteilig eine Qualitätsbeauftragte für Kinder- und Jugendreisen seit November 2008.

2. Der Kinder- und Jugendreisesektor soll unter gleichberechtigter Einbindung der gemeinnützigen und kommerziellen Arbeit bedarfsgerecht ausgebaut werden. Trägerübergreifende Konzepte und Vorhaben zur Stärkung des Incoming im Kinder- und Jugendtourismus sollen unter Einbeziehung der Deutschen Zentrale für Tourismus gefördert werden.

Das BMFSFJ unterstützt und fördert direkt lediglich gemeinnützige Anbieter. Durch die Förderung der qualitätsstiftenden Maßnahmen profitieren allerdings gemeinnützige und gewerbliche Anbieter von Kinder- und Jugendreisen gleichermaßen.

3. Es sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den Zustand der Einrichtungen im Kinder- und Jugendreisebereich in Deutschland zu ermitteln.

Im Rahmen der Absprachen der Wiederholung der Analyse von 2003, die für 2009 geplant ist, wird auch der Zustand der Einrichtungen im Kinder- und Jugendreisebereich in Deutschland anhand der existierenden Gruppenhausdatenbanken beschrieben. Eine gezielte Untersu-

chung durch Forschung auf Bundesebene hat bisher nicht stattgefunden.

4. Für die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendreisens kommt der Qualifizierung der meist ehrenamtlich tätigen Betreuerinnen und Betreuer besondere Bedeutung zu. Neben dem Ausbau trägerübergreifender Weiterbildungsangebote ist die Anerkennung der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit und der dabei erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen durch eine vergleichbare Bescheinigung und Dokumentation zu unterstützen.

2008 wurde die Weiterentwicklung und Modernisierung der Jugendreiseleiterinnen und Jugendreiseleiterausbildung im Beirat der Trainingsseminare beschlossen. Damit wird auf die zunehmend kürzere Verweildauer der meist ehrenamtlich Tätigen und deren hohen Bedarf an Qualifikation reagiert.

5. Bei trägerübergreifenden Ausbildungsangeboten zum Erwerb der sog. Jugendleitercard sollen die Länder die Möglichkeit vorsehen, solche Karten auch für Teilnehmende aus anderen Bundesländern auszustellen.

Die Forderung nach bundeslandübergreifender Ausstellung wird nach den vorliegenden ersten Informationen in der Weiterentwicklung berücksichtigt. Bisher beziehen sich trägerübergreifende Ausbildungsangebote ausschließlich auf bundesdeutsche gemeinnützige Träger. Es besteht keine Möglichkeit für gewerbliche Träger, eine Jugendleitercard (Juleica) auszustellen. Die fehlende Beteiligungsmöglichkeit von Organisationen in den europäischen Nachbarländern ist ebenfalls problematisch.

6. Die Europäische Union wächst und verändert sich. Auch der Tourismus, insbesondere der Kinder- und Jugendtourismus, kann dazu einen Beitrag leisten. Die Kontakte und Beziehungen zu den EU-Staaten und den Nachbarländern sind noch stärker im Rahmen des Kinder- und Jugendaustausches zu nutzen und auszubauen. Auf europäischer Ebene ist deshalb zu prüfen, wie die internationalen Begegnungen von Kindern ab dem 12. Lebensjahr zu fördern sind. Bei einer Vielzahl europäischer Aktivitäten und Gesetzgebungsverfahren ist zu prüfen, inwiefern der Kinder- und Jugendtourismus ausreichend Beachtung findet.

Das BMFSFJ fördert seit Jahren regelmäßig die Beteiligung des BundesForum bei der Sozialtourismusorganisation BITS, um Entwicklungen zu beobachten und sich auszutauschen.

Sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene wurde die untere Altersgrenze zur Beteiligung an geförderten Maßnahmen von 14 auf 13 Jahre gesenkt.

7. Durch einen Wettbewerb soll neben dem innerdeutschen auch der internationale Kinder- und Jugendaustausch weiterentwickelt werden, um ein breites Angebot im Dialog der Nationen aufzubauen und um ein Lernen und Erfahren über andere Länder zu ermöglichen.

Für einen Wettbewerb konnte bisher keine geeignete Trägerstruktur gefunden werden.

8. Auf Länderebene könnte das Segment von Kinder- und Jugendreisen noch größere Bedeutung erhalten, wenn der Austausch von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Schulklassen, innerhalb von Deutschland verstärkt würde.

Initiativen zum deutsch-deutschen Jugendaustausch hat es bisher nur punktuell gegeben.

Die folgende Anlage enthält eine Übersicht zu den Projekten aus dem Themenbereich Kinder- und Jugendtourismus seit 2002, die seitens des BMWi gefördert wurden/werden, einschließlich der Höhe der Zuwendungen.

Die Zusammenstellung sämtlicher Projekte zu dem angesprochenen Themenbereich ist in der kurzen Frist nicht möglich.

Anlage

Projekte aus dem Themenbereich Kinder- und Jugendtourismus seit 2002, die seitens des BMWi gefördert wurden/werden

| Zuwendungs-empfänger | Projekt | Projektbeschreibung | Haushaltsmittel | |
|---|---|---|---|---|
| Bundesforum Kinder- und Jugendreisen e. V. | Grundlagenuntersuchung Datenlage Kinder- und Jugendtourismus | Ermittlung von Volumen und Struktur des Marktsegmentes Kinder- und Jugendreisen und Verbesserung der Datenlage; damit eine transparentere Darstellung der Rahmenbedingungen der am Markt tätigen insbesondere kleinen und kleinsten Unternehmen sowie Erleichterung ihrer Planungen und Verbesserung ihrer Erfolgsaussichten | Zuwendungsbescheid vom 16.10.2003 | Zuwendung in Höhe von **35 000 €** |
| Naturfreundejugend Deutschlands | Evaluation einer Internetplattform für Kinder- und Jugendreisen | Untersuchung<br>- zur Ferienbörse als Modell zur professionellen und betriebswirtschaftlich tragfähigen Vermarktung und Buchung von Kinder und Jugendreisen;<br>- zur Bedeutung der Erreichbarkeit und Beratung über eine reine Vermarktungsplattform im Internet;<br>- zu Modellen und Möglichkeiten der Vermarktung von Kinder- und Jugendreisen.<br>Erstellung eines Handbuches zu betriebsorganisatorischen und -wirtschaftlichen Abläufen der Ferienbörse | Zuwendungsbescheid vom 08.06.2004 | Zuwendung in Höhe von **29 500 €** |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Bundesforum Kinder- und Jugendreisen e. V. | Kinder- und Jugendreisegipfel | Kinder- und Jugendreisegipfel mit integriertem PolitTalk am 23.11.2006 im Reichstag (Berlin) mit ca. 120 Gästen<br>Referent u. a. Tourismusbeauftragter (zugesagt), PStS jeweils vom BMFSFJ und vom BMBF (angefragt)<br>Antrag Förderung des Veranstaltungsteils Bundesforum<br><br>*(zur Info: BMFSFJ fördert Veranstaltungsteil PolitTalk)* | Zuwendungs-bescheid vom 25.10.2006 | Zuwendung in Höhe von **3 895 €** |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Bundesforum Kinder- und Jugendreisen e. V. | Klassifizierung von Kinder- und Jugendunterkünften | Anschubfinanzierung für eine bundeseinheitliche, trägerübergreifende Klassifizierung von Kinder- und Jugendunterkünften in Deutschland<br>Schwerpunkt: gewerbliche Unternehmen<br><br>*Schwerpunkt: gemeinnützige Unterkünfte*<br>*Finanzierung durch BMFSFJ/ Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V.* | Zuwendungs-bescheid vom 22.08.2007 | Zuwendung in Höhe von **55 000 €**<br><br>2007: 32 000 €<br>2008: 23 000 € |

36. Abgeordneter **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.)

Welches Bundesministerium ist für den Teil des Kinder- und Jugendreisens in Deutschland mit welcher Aufgabenstellung zuständig (bei mehrfacher Verantwortung – bitte die Bundesministerien konkret mit den ihnen zugewiesenen Aufgaben benennen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 25. November 2008**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat die Federführung für die Tourismuspolitik. Im Rahmen der Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft fördert das BMWi Maßnahmen und Einzelprojekte im Jugendtourismus. Darüber hinaus fördert das BMWi die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT), die mit ihren Tätigkeiten mittelbar auch den Jugendtourismus unterstützt.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes Projekte und Maßnahmen, die der Qualifizierung von Kinder- und Jugendreisen dienen, insbesondere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Gefördert werden daneben die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien für junge Menschen, um sich über (Reise-)Länder in qualitativ hochwertiger und der Zielgruppe entsprechender Form zu informieren. Gefördert werden ebenso Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung von Kinder- und Jugendreisen.

Kinder- und Jugendreisen selbst sind nur dann durch den KJP des Bundes förderfähig, wenn es sich um internationale Begegnungen handelt, die nicht kommerziell, sondern gemeinnützig durchgeführt werden.

Grundlage der Förderung sind die Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom 19. Dezember 2000, im Besonderen die Förderziele und Programme der internationalen Jugendarbeit.

37. Abgeordneter **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.)

Welche Überlegungen gibt es, die von der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. für die Jahre 2009 bis 2012 für eine erfolgreiche Vermarktung des Reiselandes Deutschland vorgestellten Impulse und weltweiten Initiativen zu unterstützen, und welche Fördermaßnahmen sind insbesondere für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen (besonders Kinderbegegnungen) vorgesehen, und wenn nicht, warum nicht?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 25. November 2008**

Die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. bearbeitet das Thema Jugendtourismus als Basisthema im Rahmen ihrer Aktivitäten vor

allem über die weltweite Internetkommunikation in 23 Sprachen und auf über 30 Märkten und hat weltweit eine eigene Rubrik „Young people“. Hierbei gibt es eine enge Verlinkung zur Seite „young-germany.de“ des Auswärtigen Amts und des FSD Verlages. Darüber hinaus findet ein aktiver Dialog mit den Organisationen zum Kinder- und Jugendtourismus (BundesForum, Youth Incoming Germany (YIG), Deutsches Jugendherbergswerk etc.) statt. Für die Märkte Spanien und Frankreich wurden zusätzlich eigene marktspezifische Sprachschulführer entwickelt. So werden auch in Deutschland aktiv die Entwicklungen des Angebots und deren Internationalisierung begleitet. Hierunter ist z. B. die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des BMWi zu diesem Thema oder z. B. am Lehrersymposium des YIG auf der Internationalen Tourismus-Börse zu nennen. Zusätzlich findet ein regelmäßiger Austausch über mögliche gemeinsame Aktivitäten mit dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst statt.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)

Wie definiert die Bundesregierung Niedriglohnbeschäftigung?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Günther Horzetzky vom 24. November 2008**

Eine formale Definition der Bundesregierung für Niedriglohnbeschäftigung existiert nicht. In der wissenschaftlichen Forschung werden üblicherweise Beschäftigte, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Median) verdienen, zum Niedriglohnsektor gezählt.

39. Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)

Welchen Umfang hat nach Einschätzung der Bundesregierung gegenwärtig der Niedriglohnsektor in Deutschland?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Günther Horzetzky vom 24. November 2008**

Die in verschiedenen wissenschaftlichen Studien ausgewiesenen Anteile des Niedriglohnsektors bewegen sich – je nach methodischer Vorgehensweise – in einem Bereich von etwa knapp 10 bis gut 30 Prozent der Beschäftigten. Generell ist zu berücksichtigen, dass die Höhe des Anteils u. a. davon abhängt, wie die Löhne konkret berechnet werden und welche Beschäftigtengruppen in die Analyse einbezogen werden. Zum Beispiel ergeben sich signifikante Unterschiede je nachdem, wie Auszubildende oder nebenbeschäftigte Studenten berücksichtigt werden.

40. Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)

Wie hoch muss nach Auffassung der Bundesregierung der Bruttolohn je Arbeitsstunde für eine Vollzeitbeschäftigung mindestens liegen, demzufolge ein Beschäftigter oder eine Beschäftigte ohne zusätzliche staatliche Unterstützung für sich ein existenzsicherndes Einkommen erzielen kann?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Günther Horzetzky vom 24. November 2008**

Die Lohnfindung ist in Deutschland grundsätzlich den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbst bzw. ihren Organisationen, den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, überlassen. Wegen des verfassungsrechtlichen Schutzes der Tarifautonomie nimmt die Bundesregierung auf Tarifverhandlungen keinen Einfluss.

Die Bundesregierung hat sich auf umfassende Reformen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes (MiArbG) verständigt, um in weiteren Branchen Mindestlöhne zu ermöglichen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe befinden sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Das AEntG bietet einen Rechtsrahmen, um tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer Branche verbindlich zu machen. Das MiArbG kommt in Wirtschaftszweigen zur Anwendung, in denen es entweder keine Tarifverträge gibt oder nur eine geringe Tarifbindung besteht. In diesen Wirtschaftszweigen wird von pluralistisch besetzten Expertenausschüssen geprüft, ob und ggf. in welcher Höhe die Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten erfolgen soll. Bei der Zusammensetzung dieser Ausschüsse werden die Tarifvertragsparteien maßgeblich berücksichtigt.

41. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu den Freiwilligkeitsvorbehalten (Urteil vom 25. April 2007, Aktenzeichen 5 AZR 627/06; Urteil vom 30. Juli 2008, Aktenzeichen 10 AZR 606/07), zu den Widerrufsvorbehalten (Urteil des BAG vom 12. Januar 2005) und der doppelten Schriftformklausel (Urteil vom 20. Mai 2008, Aktenzeichen 9 AZR 382/07) bei den Unternehmen zu erheblichen Rechtsunsicherheiten bei der Vertragsgestaltung führen, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Klaus Brandner vom 24. November 2008**

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs unterliegen auch alle Formulararbeitsverträge der richterlichen Inhaltskontrolle unter Berücksichtigung der im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten. Die genannten Urteile legen im Rahmen der richterlichen Unabhängigkeit die Vorschriften

über die Inhaltskotrolle und die Klauselverbote aus. Sie konkretisieren dabei die gesetzlichen Bestimmungen für den Bereich des Arbeitslebens. Obgleich die gerichtlichen Entscheidungen über die Rechtswirksamkeit konkreter Vertragsklauseln nur zwischen den streitenden Parteien gelten, geben sie gleichwohl der Praxis eine Orientierung bei der Vertragsgestaltung.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

42. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welchen aktuellen Stand haben – Bezug nehmend auf die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 16/10396 – die Vorbereitungen zur Errichtung der Abteilung 7 des Bundesinstituts für Risikobewertung am Standort Neuruppin, und welcher Zeithorizont ist für die Umsetzung vorgesehen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen vom 24. November 2008**

Der Sachstand ist unverändert. Mit einem Ergebnis der Markterkundung und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wird bis Mitte Dezember 2008 gerechnet. Erst nach Vorlage dieses Ergebnisses ist über die konkrete zukünftige Liegenschaft am Standort Neuruppin zu entscheiden. Danach können nähere Aussagen zur weiteren zeitlichen Abfolge getroffen werden.

43. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Positionen vertritt die Bundesregierung in der vom EU-Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy einberufenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Zulassungsverfahrens transgener Organismen, und welche sind nach Einschätzung der Bundesregierung die in der Arbeitsgruppe umstrittensten Standpunkte?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen vom 24. November 2008**

Ziel der Bundesregierung ist es, das Tempo der Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu erhöhen sowie ihre Transparenz und Verständlichkeit zu verbessern und damit das Vertrauen in den Zulassungsprozess zu stärken, wobei der Schutz von Gesundheit und Umwelt gewährleistet sein muss.

Die zentralen Diskussionspunkte in der auf Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft eingerichteten Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Verfahren sind:

- Ausbau von Risikobewertung und Risikomanagement im Hinblick auf Umweltrisiken;
- Berücksichtigung so genannter legitimer Faktoren bei der Entscheidung über die Zulassung von GVO;
- Festlegung verbindlicher Schwellenwerte für die gentechnikrechtliche Kennzeichnung von Saatgut bei zufälliger und technisch unvermeidbarer Beimischung zugelassener GVO in Nicht-GVO-Saatgut;
- GVO-Anbau in oder in der Nähe von besonders geschützten Gebieten.

Die französische EU-Ratspräsidentschaft strebt an, Ratsschlussfolgerungen zu diesen Themen auf dem Umweltministerrat am 4. und 5. Dezember dieses Jahres zu beschließen.

44. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche öffentlich zugänglichen Listen über Futterzusatzstoffe, die in einem Herstellungsschritt mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt worden sind, sowie über weitere mit Hilfe von GVO hergestellte Betriebsmittel und Hilfsstoffe werden von welcher Bundesbehörde den lebensmittelproduzierenden Betrieben und deren Verbänden zur Verfügung gestellt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen vom 25. November 2008**

Die in der Frage genannten Erzeugnisse unterliegen nicht den gentechnikrechtlichen Kennzeichnungsregelungen, da sie weder gentechnisch veränderte Organismen enthalten noch daraus bestehen oder daraus hergestellt sind, sondern lediglich mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden. Es gibt für die Bundesregierung oder die Bundesbehörden daher keinen Anlass, die in der Frage angesprochenen Listen zu erstellen oder zu veröffentlichen.

45. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche öffentlich zugänglichen Listen über GVO enthaltende oder GVO-inaktivierte Tierarzneimittel werden von welcher Bundesbehörde den lebensmittelproduzierenden Betrieben und deren Verbänden zur Verfügung gestellt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen vom 25. November 2008**

Sofern die angesprochenen Tierarzneimittel gentechnisch veränderte Organismen enthielten, die fähig sind, sich zu vermehren oder geneti-

sches Material zu übertragen, wären diese nach den Vorschriften der Freisetzungsrichtlinie 2001/08/EG zu kennzeichnen. Solche Tierarzneimittel sind in Deutschland nicht zugelassen worden. Sie müssten von der europäischen Zulassungsbehörde zentral zugelassen werden. Auch hier gibt es keinen Anlass, die in der Frage genannten Listen zu erstellen oder zu veröffentlichen.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

46. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Warum soll die Fachausbildungskompanie vom Standort Cuxhaven-Altenwalde zu anderen Standorten verlagert werden, obwohl das Stationierungskonzept von 2004 keine Veränderung für den Standort vorsieht, und wie viele zivile Arbeitsplätze werden in der Region Cuxhaven dadurch wegfallen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 25. November 2008**

Die Fachausbildungskompanie Cuxhaven wurde bereits im Jahr 2005 aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden durch eine neu aufgestellte Betreuungsstelle für die zivilberufliche Aus- und Weiterbildung (ZAW) der Marine übernommen. Diese ZAW-Betreuungsstelle wurde zusätzlich zu der bereits vorhandenen ZAW-Betreuungsstelle des Heeres am Standort Cuxhaven eingerichtet. ZAW-Betreuungsstellen werden ausschließlich mit militärischen Dienstposten besetzt.

Ergänzend teile ich Ihnen mit, dass die Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne in Cuxhaven-Altenwalde derzeit vornehmlich der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die ZAW dient. Im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung wird gegenwärtig im Bundesministerium der Verteidigung eine bundesweite Untersuchung zur Stationierung und Unterbringung der ZAW durchgeführt. Ziel ist es, unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen zu einer langfristigen, wirtschaftlich tragfähigen Stationierung von ZAW zu kommen.

Erst nach gründlicher Abwägung sämtlicher Rahmenbedingungen und Abschluss der Untersuchung kann eine Aussage zu künftigen ZAW-Standorten und somit auch zur Zukunft des Bundeswehrstandortes Cuxhaven gemacht werden.

47. Abgeordnete **Birgit Homburger** (FDP)

Wie viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben innerhalb der letzten zwölf Monate eine Nebentätigkeit gegenüber ihrem Dienstherrn angezeigt, und wie viele Soldatinnen und Soldaten üben insgesamt eine Nebentätigkeit aus?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**
**Thomas Kossendey**
**vom 24. November 2008**

Die Auswertung des Datenbestandes des Personalwirtschaftssystems der Bundeswehr ergibt mit Stichtag 19. November 2008 folgenden Sachstand:

Innerhalb der letzten zwölf Monate wurden von 3 878 Soldatinnen und Soldaten (482 Soldatinnen, 3 396 Soldaten) Nebentätigkeiten angezeigt.

Insgesamt haben derzeit 9 733 Soldatinnen und Soldaten (984 Soldatinnen, 8 749 Soldaten) eine Nebentätigkeit angemeldet.

48. Abgeordnete **Birgit Homburger** (FDP)

Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Art der Nebentätigkeiten der Soldatinnen und Soldaten, und wenn ja, in welchen Branchen (bitte aufschlüsseln) sind sie tätig?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**
**Thomas Kossendey**
**vom 24. November 2008**

Die Datenerfassung nimmt keine Differenzierung nach der Art der Nebentätigkeiten vor. Eine Aufschlüsselung nach Branchen ist daher nicht möglich.

49. Abgeordneter **Florian Toncar** (FDP)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Gründe für die Verzögerung der Fertigstellung des Sachverständigengutachtens zur Emissionsminderung und deren Kosten im Bereich der von den US-Streitkräften betriebenen so genannten Böblingen Range, und wann rechnet die Bundesregierung mit der Vorlage des Gutachtens?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt**
**vom 24. November 2008**

Nach dem zwischen den US-Gaststreitkräften und den beteiligten deutschen Behörden vereinbarten Zeitplan sollten die Ergebnisse des Sachverständigengutachtens zur Projektierung technischer und/oder baulicher Lärmminderungsmaßnahmen beim Betrieb der US-Standortschießanlage Böblingen bis Oktober 2008 vorliegen. Die Fertigstellung des Gutachtens verzögert sich wegen noch erforderlicher Berechnungen von waffenspezifischen Daten und der Validierung einer neu entwickelten Software zur Erfassung des Schießlärms. Nach derzeitigem Kenntnisstand kann mit der Vorlage des Gutachtens im März 2009 gerechnet werden. Kostensteigerungen aufgrund der Verzögerung sind nicht zu erwarten.

50. Abgeordneter **Florian Toncar** (FDP)

Plant die Bundesregierung, die betroffenen Anwohner und Kommunen unverzüglich durch Entsendung eines kompetenten Ansprechpartners aus der Wehrbereichsverwaltung Süd oder einer anderen Behörde zu einem Informationstermin nach Böblingen umfassend über die genauen Gründe der Verzögerung und über das weitere Verfahren zu informieren, und welchen Zeitrahmen erachtet die Bundesregierung ab Fertigstellung des Gutachtens bis hin zur Umsetzung erster Maßnahmen für realistisch?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 24. November 2008**

Die US-Gaststreitkräfte planen zum aktuellen Sachstand die Herausgabe einer Pressemitteilung zur Information aller Beteiligten. Ein zeitlicher Rahmen für die Umsetzung in Frage kommender Maßnahmen zur Lärmminderung nach Auswertung des Gutachtens kann ohne Kenntnis und Bewertung möglicher technischer und/oder baulicher Varianten und deren Kosten heute noch nicht benannt werden.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

51. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, der Bitte der 18. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder, Hauptkonferenz am 23. und 24. Oktober 2008 in Karlsruhe, dahingehend nachzukommen, dass die familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen, die durch das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen evaluiert werden sollen, auch in ihren jeweiligen gleichstellungsrelevanten Wirkungen untersucht und Anhaltspunkte für verdeckte Benachteiligungen, mangelnde Teilhabe und die Verfestigung tradierter Rollenmuster aufgezeigt werden sollen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 26. November 2008**

Die Tätigkeit des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend befolgt das Prinzip des Gender Mainstreamings. Die bislang angestellten Untersuchungen haben bereits die gleichstellungsrelevanten Wirkungen familienbezogener Leistungen im Blick.

Dies wird dokumentiert durch den Arbeitsbericht „Zukunft für Familie“ des Kompetenzzentrums, der im April 2008 veröffentlicht wurde. Insbesondere die darin formulierten Impulse für ein familienfreundliches Deutschland greifen Themen auf, bei denen Teilhabechancen von Männern und Frauen bzw. von Vätern und Müttern – in Bezug auf den Arbeitsmarkt und in Bezug auf wirtschaftliche Stabilität im Lebensverlauf – sowie das Aufbrechen tradierter Rollenmuster eine wichtige Rolle spielen. Zu nennen sind in dieser Hinsicht vor allem das Elterngeld und die Beteiligung der Väter an der Elternzeit, der Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige sowie der Ausbau von Ganztagsschulen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie nicht zuletzt das Thema „Zeitpolitik für Familien“, bei dem es um die Zeitoptionen in der Familie im Alltag und im Lebensverlauf geht.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

52. Abgeordneter **Rainer Brüderle** (FDP)

Wie viele und welche Verkehrsverträge wurden jeweils in den Jahren 2007 und 2008 in der Bundesrepublik Deutschland im Schienenpersonennahverkehr abgeschlossen (bitte darunter auch Anzahl und Art der Verkehrsverträge angeben, die nach einem Ausschreibungsverfahren abgeschlossen wurden)?

53. Abgeordneter **Rainer Brüderle** (FDP)

Wie viele und welche dieser Ausschreibungsverfahren im Schienenpersonennahverkehr in den Jahren 2007 und 2008 führten zu einem Vertragsabschluss mit der Deutschen Bahn AG?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 26. November 2008**

Die Fragen 52 und 53 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aufgrund der geltenden Rechtslage verfügt die Bundesregierung nicht über die geforderten Informationen.

In dem zum 1. Januar 2008 geänderten Regionalisierungsgesetz ist zwar in § 6 Abs. 2 festgelegt, dass Bund und Länder eine Vereinbarung schließen, nach der die Länder mit einheitlichen Kriterien die Transparenz über die Verwendung der Regionalisierungsmittel herstellen. Die Verhandlungen hierzu sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Insbesondere geht es darum, inwieweit der durch Artikel 106a des Grundgesetzes vorgegebene, die Ansprüche des Bundes an Transparenz sehr einschränkende Rahmen ausgefüllt werden kann. Inwie-

weit die Länder den Bund über die Ausschreibung und Vergabe von Nahverkehrsleistungen informieren werden, ist daher noch nicht absehbar. Dem Bund stehen ins Einzelne gehende Prüfungsrechte hinsichtlich der Verwendung der Mittel nicht zu, für die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel sind die Länder verantwortlich. Der Bund schafft lediglich den bundesrechtlichen Rahmen für öffentliche Vergaben, ohne in Fragen der Gestaltung der Ausschreibungen und Vergaben direkt einzugreifen.

Aus dem Wettbewerbsbericht 2008 der Deutschen Bahn AG geht hervor, dass im Jahr 2007 insgesamt 18 Vergabeverfahren stattgefunden haben (siehe Anlage). Für 2008 liegen noch keine Informationen vor, da das Jahr noch nicht abgeschlossen ist.

Anlage

| Vergabeverfahren | | | | Neuer Vertrag | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Vergabe im** | **Land** | **Verfahren** | **Netz/Strecken** | **Betreiber** | **Mio. Zug-km** | **Beginn** | **Laufzeit (Jahre)** |
| Jan. 07 | NI, HH | Ausschreibung | Hamburg Süd | Metronom | 1,2 | Dez. 07 | 3 |
| Feb. 07 | BY, HE | Ausschreibung | E-Netz Würzburg | DB Regio | 5,9 | Dez. 09 | 12 |
| März 07 | SN, BB | Ausschreibung | Spree-Neiße-Netz | Ostdeutsche Eisenbahn | 2,7 | Dez. 08 | 10 |
| Mai 07 | BY | Ausschreibung | München-Passau | DB Regio | 2,6 | Dez. 09 | 12 |
| Mai 07 | HH | Verhandlungsverfahren | S-Bahn Hamburg | S-Bahn Hamburg | 10,5 | Dez. 09 | 8 |
| Jul. 07 | SN | Freihändige Vergabe | Mandaubahn | Sächsisch-Böhmische Eisenbahn | 0,2 | Dez. 08 | 2 |
| Aug. 07 | SH, HH, NI | Verhandlungsverfahren | Netz Ost | DB Regio | 7,0 | Dez. 09 | 10 |
| Aug. 07 | BW | Ausschreibung | Seehäsle | Hohenzollerische Landesbahn | 0,3 | Dez. 08 | 15 |
| Sep. 07 | RP, SL | Ausschreibung | Mosel-RB | DB Regio | 2,4 | Dez. 09 | 15 |
| Okt. 07 | BE, BB | Verhandlungsverfahren | Berlin Wannsee-Jüterbog Rathenow-Brandenburg | Ostseeland Verkehr | 1,0 | Dez. 07 | 2 |
| Okt. 07 | BE, BB | Verhandlungsverfahren | Fürstenwalde- Bad Saarow-Pieskow | Ostdeutsche Eisenbahn | 0,1 | Dez. 07 | 2 |
| Okt. 07 | BB, SN | Ausschreibung | Leipzig-Cottbus | DB Regio | 1,3 | Dez. 09 | 13 |
| Nov. 07 | RP | Freihändige Vergabe | Eifel-Mosel | DB Regio | 0,7 | Dez. 08 | 5 |
| Dez. 07 | NW | Verhandlungsverfahren | Maas-Rhein-Lippe-Netz | Keolis | 3,3 | Dez. 09 | 12 |
| Dez. 07 | SN | Ausschreibung | Leipzig-Geithain | Veolia Verkehr Sachsen-Anhalt GmbH | 0,4 | Dez. 07 | 2 (+ 2) |
| Dez. 07 | SN | Freihändige Vergabe | Fichtelbergbahn (Schmalspur) | Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft | 0,1 | Jan. 08 | 2 |
| Dez. 07 | NW | Freihändige Vergabe | NRW RB 43 | NordWestBahn GmbH | 0,6 | Dez. 08 | 2 |
| Dez. 07 | MV | Verhandlungsverfahren | Rasender Roland | Pressnitztalbahn GmbH | 0,1 | Jan. 08 | 20 |

**Quelle: Wettbewerbsbericht der DB AG 2008**

54. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern handelt es sich bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz um überproportionale Leistungen des Bundes an die neuen Bundesländer, also um einen Bestandteil des Korbes II des Solidarpaktes II, und wie weit werden die bisher auf die neuen Bundesländer beschränkten Netzwerk- und Investitionsförderprogramme, die im Rahmen des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand auf ganz Deutschland ausgeweitet werden, auch weiterhin als überproportionale Leistungen des Bundes an die neuen Bundesländer gewertet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 24. November 2008**

Die Bundesregierung hat sich mit dem Solidarpakt II verpflichtet, im Zeitraum von 2005 bis 2019 neben den so genannten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 105 Mrd. Euro (Korb I) weitere rd. 51 Mrd. Euro in Form überproportionaler Leistungen für den Aufbau Ost einzusetzen (Korb II). Bund und Länder haben sich am 29. November 2006 auf die Abgrenzung des Korbes II verständigt. Dabei wurde vereinbart, dass die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), aus der die ostdeutschen Bundesländer gemessen an der Einwohnerzahl überproportionale Anteile erhalten, Bestandteil des Korbes II im Politikfeld „Wirtschaft“ ist. Die GAK war bereits Bestandteil der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Solidarpakt II aus dem Jahr 2001, die inhaltsgleich vom Bundesrat übernommen wurde.

In der Bund-Länder-Vereinbarung vom 29. November 2006 wurden im Politikfeld „Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung“ verschiedene Innovationsförderprogramme aufgenommen, die ausschließlich oder überproportional auf die ostdeutschen Bundesländer ausgerichtet sind. Mit der Neuordnung der Innovationsförderung im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie gehen die bisher für den Korb II relevanten Programme PRO INNO II, NEMO, FUTOUR 2000 (Ausfinanzierung) und INNO-WATT (KMU-Teil) in dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) auf. Die bisher ebenfalls im Rahmen des Programms INNO-WATT geförderten ostdeutschen gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen werden ab 1. Januar 2009 im neuen Programm INNO-KOM-Ost gefördert. In beiden Programmen werden künftig die Mittel für ostdeutsche Zuwendungsempfänger auf hohem Niveau fortgeschrieben. Im Rahmen der oben genannten Bund-Länder-Vereinbarung zum Korb II wird die Flexibilität des Korbes II hervorgehoben. Der Bund wird sich daher im Frühjahr kommenden Jahres hinsichtlich der konkreten Abgrenzung der Korb-II-Leistungen für das Berichtsjahr 2008 mit den ostdeutschen Bundesländern abstimmen.

55. Abgeordneter **Jan Mücke** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Initiative der Europäischen Raumfahrtorganisation ESA, im Rahmen ihres ARTES-10-Programms (IRIS) die Kommunikationstechnologie des

zukünftigen europäischen Flugsicherungssystems (SESAR) zu entwickeln, und auf welche Art und Weise kann heute durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass nationale Interessen über institutionelle bzw. industrielle Kapazitäten frühzeitig bei der Entwicklung dieses Systems berücksichtigt werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 25. November 2008**

Mit den Verordnungen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky – SES) haben die europäischen Staaten den Rechtsrahmen für eine harmonisierte Weiterentwicklung des Luftverkehrsmanagements (Air Traffic Management – ATM) in Europa geschaffen. Das Vorhaben SESAR (SES Air Traffic Management Research) ist das Ergebnis einer von der Herstellerindustrie angestoßene Initiative, in gemeinsamer Anstrengung aller Beteiligten die notwendigen Konzepte und vor allem systemtechnischen Entwicklungen voranzutreiben. Mit der Verordnung zur Gründung des gemeinsamen Unternehmens SESAR ist der institutionelle Rahmen zur Steuerung dieses europäischen Großvorhabens geschaffen worden; die inhaltliche Durchführung liegt vorrangig in der Verantwortung der beteiligten Industriebranchen. Flugsicherungsorganisationen, Flughäfen, Luftraumnutzer und Herstellerindustrie müssen sich europaweit auf die Funktionalitäten für das künftige ATM und die dazu benötigten Systeme verständigen. Dabei ist es Hauptaufgabe von SESAR, die in der Vergangenheit überwiegend unkoordiniert aufgebrachten personellen und finanziellen Ressourcen vollständig in diesem gemeinsamen Vorhaben zu konzentrieren und dadurch maximalen Nutzen zu erzielen.

Dem Verwaltungsrat von SESAR, dem die Gründungsmitglieder EUROCONTROL und Europäische Gemeinschaft, vertreten durch die Kommission sowie interessierte Industriepartner über Anfang 2009 abzuschließende Mitgliedsverträge angehören, wird es obliegen, über geeignete Systemtechnologien für die Zukunft zu entscheiden. Vorhaben der ESA als möglicher Beitrag zum künftigen ATM sind daher dort unter unmittelbarer Beteiligung der künftigen Nutzer und Anbieter zu bewerten und bei positivem Ergebnis im Rahmen der festgelegten Ressourcen von SESAR (ein Drittel von EUROCONTROL, ein Drittel von der EG, ein Drittel von der Industrie) weiterzuverfolgen.

56. Abgeordneter **Jan Mücke** (FDP)

Räumt die Bundesregierung den mit der Verhandlung beauftragten Akteuren ausreichend Flexibilität ein, damit die seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Beteiligung an den auf der ESA-Ratstagung am 25./26. November 2008 zu beschließenden Programmen „Kopernikus“ und „Galileo“ vorgesehenen, aber gegebenenfalls nicht in vollem Umfang benötigten Budgets

für eine Beteiligung am ARTES-10-Programm in Höhe des deutschen Anteils genutzt werden können?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 25. November 2008**

Die für die europäischen Raumfahrtprogramme „Galileo“ und „GMES“ (vormals „Kopernikus“) vorgesehenen Haushaltsmittel sind zweckgebunden und in ihrer Höhe bedarfsgerecht veranschlagt. Eine Finanzierung des ARTES-10-Programms ist aus den genannten Mitteln daher nicht möglich.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

57. Abgeordnete **Angelika Brunkhorst** (FDP)

Welche sind die konkreten Inhalte des „Konzepts zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll“, das der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, laut BMU-Pressedienst Nr. 191/08 vom 10. September 2008 „vor fast genau zwei Jahren vorgelegt“ hat, und wie unterscheidet es sich von den Vorstellungen, die der damalige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, im Juni 2005 mit dem Entwurf eines Verbands- und Standortauswahlgesetzes und Entwurf einer Rechtsverordnung zu den Auswahlkriterien vorgelegt hatte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 24. November 2008**

Sowohl die Eckpunkte des Konzeptes zur Endlagerfrage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als auch das Verbands- und Standortauswahlgesetz sind auf der Internethomepage des BMU dokumentiert. Inhalt und Unterschiede ergeben sich daraus unmittelbar.

58. Abgeordneter **Horst Meierhofer** (FDP)

Auf welchem Stand ist die Bundesregierung bei der Erarbeitung eines nationalen CCS-Gesetzes (CCS: Carbon Dioxide Capture und Storage oder $CO_2$-Sequestierung), und wann ist voraussichtlich mit einem Kabinettbeschluss zu rechnen?

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig**
**vom 24. November 2008**

Die Bundesregierung erarbeitet gegenwärtig einen Entwurf für ein nationales CCS-Gesetz. Das Gesetz soll die Rechtsgrundlagen für die Abscheidung, den Transport und die unterirdische Ablagerung von Kohlendioxid schaffen. Es ist geplant, den Gesetzentwurf nach Abschluss der Verhandlungen zur CCS-Richtlinie im Laufe des ersten Quartals 2009 im Kabinett zu beschließen, um die Verabschiedung des Gesetzes noch in der laufenden Legislaturperiode zu gewährleisten.

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

59. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass der mit Unterstützung der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) entstehende Windpark am ägyptischen Gabal el Zayt am Golf von Suez, der Hauptzugkorridor für Störche und andere Großvögel ist, nicht zu einer Gefahrenquelle für die durchziehenden Vögel wird, und wie wird die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen kontrolliert werden?

**Antwort des Staatssekretärs Erich Stather**
**vom 20. November 2008**

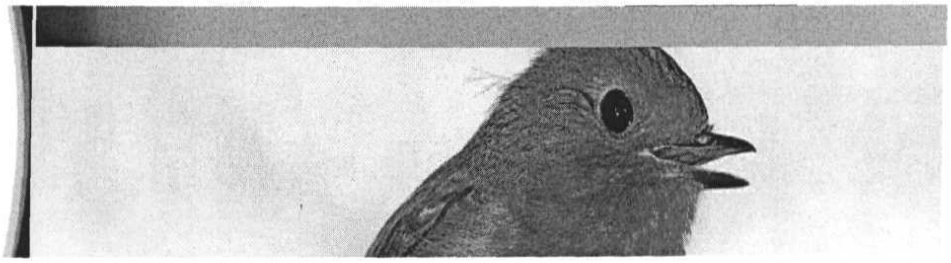
Alle Projekte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit messen Nachhaltigkeitsfragen höchste Bedeutung bei. Dies gilt bei Windenergievorhaben insbesondere für den Vogelschutz.

Wie bei Infrastrukturvorhaben dieser Art üblich, hat der ägyptische Projektträger (New and Renewable Energy Authority – NREA) in enger Abstimmung mit der KfW eine vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Machbarkeitsstudie international ausgeschrieben und in Auftrag gegeben. Ein Teil dieser Studie widmete sich auch den Gefahren für den Vogelzug. Die ornithologische Studie in dem etwa 630 $km^2$ großen Gebiet führte zu einer Einteilung der Region in drei Zonen bezüglich der Bedeutung auf den Vogelzug:

- grün (Installation von Windkraftanlagen ohne untragbare Gefährdung von Zugvögeln möglich),
- gelb (weitere ornithologische Untersuchungen nötig, um die Möglichkeiten einer vogelzugverträglichen Windkraftnutzung genauer zu bestimmen),
- rot (darf wegen des Schutzes von Zugvögeln nicht genutzt werden, entspricht ca. 60 Prozent des Gesamtgebiets/Küstenstreifens von ca. 40 km).

Der Standort des geplanten Windparks befindet sich in der grünen Zone. Als besonderen Erfolg verbuchen wir, dass die vorgeschlagene ornithologische Zonierung seitens unserer ägyptischen Partner anerkannt wurde, und in der roten Zone künftig keine Investitionen durchgeführt werden. Damit wurde die ursprünglich geplante Anlagenkapazität um nahezu 60 Prozent reduziert (über 1 000 MW). Der Gedanke des Vogelschutzes wurde durch diesen Dialog auch auf ägyptischer Seite nachhaltig verankert.

Für die bereits in der Planung befindlichen Anlagen wurden zusätzliche präventive Maßnahmen zum Schutz der Vögel vorgesehen. Diese wurden am 21. Mai 2008 seitens der KfW u. a. mit Dr. Hermann Hötker vom Naturschutzbund Deutschland e. V. erörtert (siehe hierzu auch beiliegenden Artikel). So ist beispielsweise vorgesehen, dass die Höhe der Turbinen begrenzt wird und dass die Rotorblätter zur Erhöhung ihrer Sichtbarkeit farblich gekennzeichnet werden. Schließlich ist sicherheitshalber ein Monitoring für potentielle Auswirkungen des Windparks auf den Vogelzug vorgesehen. Diesbezügliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen der Berichterstattung an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



NABU.de Tiere & Pflanzen Vögel Nachrichten - International Ägypten: Weg frei für die Störche

# Weg frei für die Störche

**Hauptkorridor des Vogelzugs in Ägypten bleibt auch zukünftig frei von Windparks**



Vor allem die Ostpopulation des Weißstorchs war durch die Windkraftplanungen gefährdet.

Vor einigen Monaten schreckten Informationen über Windkraftplanungen im Gebiet des Gabal el Zayt in Ägypten die Vogelschützer in Deutschland und Europa auf. Der Gabal el Zayt ist eine Halbinsel im Roten Meer, an der sich der Zug von einem Großteil der Ostpopulation des Weißstorchs und zahlreicher Greifvogelarten konzentriert. Andererseits weist das Gebiet hervorragende Windbedingungen auf, so dass es für Windkraftnutzung geradezu ideal ist.

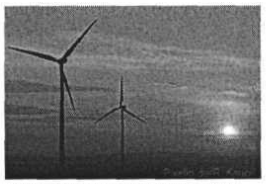
Die ägyptische Behörde für erneuerbare Energien hatte ein Areal von etwa 700 km² für die Errichtung von Windparks mit einer Gesamtleistung von bis zu 3.000 MW ausgewiesen und suchte Geldgeber für ihre Pläne. Windparks in einer derartigen Dimension hätten jedoch erhebliche Gefahr für Zugvögel heraufbeschworen. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hatte Interesse an der Finanzierung eines Windparks gezeigt und eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen.

Zwischenzeitlich fand ein Treffen zwischen der KfW-Entwicklungsbank und Vertretern des NABU in Frankfurt/M. statt, bei dem die KfW die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie erläuterte und die ihre Planungen präzisierte. Diese Studie stellt die große Bedeutung des Gabal el Zayt für den Vogelzug heraus und macht Vorschläge für die Windkraftnutzung in der Region.




Trotz idealer Windbedingungen wurden die Windkraftplanungen in großen Teilen des Planungsgebietes gestoppt.

Aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung für den Vogelzug ergeben sich drei Zonen. Der größte Teil des Planungsgebietes, eine 370 km² große Zone im Süden, stellt den Hauptzugkorridor für Störche und Greifvögel dar. Deshalb wird hier der Bau von Windparks ausgeschlossen. Die ägyptische Regierung hat sich sogar dazu verpflichtet diese Zone auch zukünftig von Windparks frei zu halten. Dies ist ein substantieller Erfolg für den Vogelschutz.



Dort, wo die Vogelzugaktivitäten gering sind, ist das Gebiet für Windkraft geeignet.

Weiter nördlich schließt sich eine 94 km² große Zone mit geringeren Vogelzugaktivitäten an, in der es nach weiteren ornithologischen Voruntersuchungen zu Planungen kommen kann. Der nördliche Teil ist für den Vogelzug von geringerer Bedeutung und die Geländestruktur ermöglicht es den Vögeln besser zu manövrieren. Letztendlich ist eine 67 km² große Zone für den Bau von Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 420 MW geeignet.

Ganz unproblematisch ist jedoch auch hier die Errichtung von Windkraftanlagen nicht. Gefährdungen für Zugvögel sollen aber durch verschiedene Maßnahmen minimiert werden. Zum einen werden küstennahe Bereiche, wie küstennahe Salzwasserlagunen nicht bebaut. Zum anderen werden die Windkraftanlagen so konstruiert und aufgestellt, dass von Ihnen möglichst wenig Gefahren ausgehen können. Die zukünftige Entwicklung und der Einfluss der Windparks auf das Zuggeschehen wird durch ein Monitoring untersucht.

"Insgesamt ist durch Mitwirkung der KfW ein guter Kompromiss erarbeitet worden," so Dr. Hermann Hötker vom Michael-Otto-Institut im NABU. "Mit der dauerhaften Sicherung des wichtigsten Zugkorridors im Süden ist viel für den Vogelschutz erreicht worden."

**Für Rückfragen:**
Kai-Michael Thomsen
NABU-Storchenexperte
Tel. 04885-570
nabu-inst.thomsen@t-online.de

Berlin, den 28. November 2008

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333